

State of the Union

**am 15. November 1995
in Straßburg**

Herr Präsident des Europäischen Rates,
Herr Präsident der Europäischen Kommission,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in meiner Antrittsrede am 20. Juli 1994 habe ich gefordert: "Wir müssen Zeit gewinnen für die Diskussion der großen Fragen der europäischen Politik." Heute führen wir zum ersten Mal im Europäischen Parlament eine Generaldebatte über den Stand der Europäischen Union.

Ich bin dem Präsidenten der Europäischen Kommission und dem Präsidenten des Europäischen Rates sehr dankbar, daß sie unserer Bitte nachgekommen sind, an dieser Debatte teilzunehmen - und ich heiße Sie, Herr Ministerpräsident GONZALEZ, in unserem Hause besonders herzlich willkommen.

I.

In allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union entwickelt sich ein neues Meinungsklima. In ihm blüht nicht nur die manchmal berechtigte, manchmal unberechtigte, die sozusagen normale Kritik am Erscheinungsbild und an konkreten Politiken der Europäischen Union. In ihm wächst neuer Nationalismus. Der kommt vielfach verkleidet daher und behauptet, mit der Kreide der "political correctness" in der Stimme, daß er zwar gegen die Europäische Union sei, aber für Europa.

Lassen wir uns nicht täuschen: Der neue Nationalismus, der das, was in den letzten fünfzig Jahren im Westen Europas aufgebaut werden konnte, gering achtet oder gar zerstören will, führt uns geradewegs zurück in das Vorkriegseuropa.

So klar hat es seit Jahren niemand ausgesprochen wie François Mitterrand in seiner Abschiedsrede hier in diesem Haus: "Der Nationalismus ist der Krieg." Auch im neuen, im seit 1990 ungeteilten Europa gilt: Nie wieder darf ein Staat so souverän werden, daß er allein über Krieg und Frieden und über das Wohl und Wehe seiner Nachbarn entscheiden kann.

II.

Wir brauchen die Union der Völker Europas immer noch, um die Schatten der Vergangenheit zu bannen. Wir brauchen die Zusammenarbeit der Völker in der Europäischen Union aber noch viel mehr, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Die Welt, in der sich die Einigung Europas vollzieht, hat sich in den letzten fünf Jahren tiefgreifender verändert als in den vierzig Jahren zuvor.

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus, mit der Auflösung der Sowjetunion, dem Fall der Mauer in Berlin und dem Ende der Teilung Europas in zwei Blöcke ist die ideologische und militärische Bedrohung entfallen, die Westeuropa zusammengeführt hat. Aber aus der Unsicherheit und Unruhe im Osten wachsen neue Gefahren.

Von Süden her drohen ungeheuerere wirtschaftliche und soziale Probleme, extremistische Bewegungen und Staatsterrorismus die europäischen Staaten mitzureißen. Die Antwort darauf heißt nicht weniger, sondern mehr Gemeinschaft in Europa. Alle unsere nationalen Volkswirtschaften in Europa, unsere industrielle Produktion und unsere Landwirtschaft, unsere Dienstleistungen und unser kulturelles Schaffen sind heute einem doppelten Druck ausgesetzt: Auf der einen Seite von der Revolution, die sich im Bereich neuer Technologien mit dramatischer Geschwindigkeit vollzieht - und auf der anderen Seite von dem wachsenden Angebot an billigen Arbeitskräften im fernen Südostasien ebenso wie direkt vor unserer Haustür.

Wer auf die Globalisierung der Märkte mit der Nationalisierung der wirtschaftlichen, der sozialen und ökologischen Regeln und Instrumente antworten will, der hat das falsche Konzept.

Zwei Drittel des Handels der Mitgliedstaaten (bei einigen bis zu 80 Prozent) vollzieht sich innerhalb der Europäischen Union. Damit federn wir die volle Wirkung der Verschiebungen auf dem Weltmarkt ab. Aber die Realitäten sind härter: Verglichen mit unseren wichtigsten Konkurrenten haben wir zwischen 1987 und 1992 rund 18 Prozent unserer Wettbewerbsfähigkeit verloren. In den neuen Schlüsseltechnologien wie der Halbleitertechnologie, der Biotechnologie und vor allem der Informationstechnologie dominieren andere Wirtschaftsregionen der Welt - Japan, USA, Südostasien

Wir dürfen nicht zulassen, daß in dem Europa unserer Kinder alle Fernsehapparate japanisch und alle Fernsehprogramme amerikanisch sind und die Europäer nur noch die Zuschauer stellen. Das darf nicht die Zukunft Europas sein. Zu viele sehen Europa immer noch und ausschließlich als Reparaturbetrieb für veraltete Wirtschaftszweige statt als Motor für Innovation und Umstrukturierung. Eine Europäische Union, die es für wichtiger hält, jedes Jahr eine Milliarde ECU für die Subventionierung des Tabakanbaus auszugeben, statt sie in Forschung und Entwicklung zu investieren, ist nicht arm an Geld, sondern arm an Geist.

Die Kommission muß jetzt ihre Arbeit an einem Forschungsprogramm der neuen Generation beschleunigen, mit dem Zukunftstechnologien und vor allem auch die alternative Energiegewinnung gefördert werden.

Es stimmt: Europa erlebt einen gewissen wirtschaftlichen Aufschwung. Aber das darf uns nicht blenden.

Die Arbeitslosigkeit ist unerträglich hoch geblieben. Die wichtigste aller europäischen Ressourcen, nämlich der Wille und die Fähigkeit der Menschen zu arbeiten, wird weiterhin unzureichend genutzt.

In Europa sind über 18 Millionen Menschen ohne Arbeit. 20 Prozent davon sind unter 25 Jahren. Das sind nicht nur 18 Millionen Schicksale der Armut, des Ausgeschlossenenseins, der persönlichen und familiären Demütigung. Die andauernde Arbeitslosigkeit untergräbt auch das Vertrauen in die Gerechtigkeit und in die Demokratie und damit die Stabilität unserer Gesellschaft.

Die Mitgliedstaaten der Union geben jährlich insgesamt rund 350 Milliarden ECU für die Unterstützung von Arbeitslosen aus. Was könnten wir zustande bringen, wenn wir wenigstens einen Teil dieses Geldes für die Schaffung von Arbeit statt für die Bezahlung von Nichtarbeit einsetzen würden.

Dabei geht es nicht um neokeynesianische Ankurbelung der Wirtschaftskonjunktur, sondern um die Modernisierung der Strukturen der europäischen Wirtschaft.

Deshalb müssen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten endlich alle Maßnahmen aus dem Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung entschlossen verwirklichen.

Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft gehört gewiß auch die Abschaffung von überflüssigen Regeln, Verordnungen und Richtlinien auf der europäischen wie auf der nationalen Ebene. Aber Deregulierung darf nicht zu einer neuen Ideologie werden.

Wir sagen "ja", wenn es um die Vereinfachung der europäischen Regeln geht. Wir sagen "nein", wenn es um eine Absenkung gemeinsam beschlossener Mindeststandards im sozialen Bereich und im Umweltbereich geht.

Der Binnenmarkt selbst war ja in Wahrheit der größte Deregulierungsschub der europäischen Wirtschaftsgeschichte, denn seine Regeln ersetzen 15 unterschiedliche nationale Regelwerke.

Wenn an die Stelle einer EG-Verordnung künftig wieder 15 unterschiedliche nationale Regelungen treten sollten, wäre das das Gegenteil von Deregulierung.

III.

In Maastricht ist eine gemeinsame Währung mit festen Konvergenzkriterien und einem klaren Zeitplan beschlossen worden. Das war keine leichte und keine leichtfertige Entscheidung.

Der Vertrag ist der Vertrag: Die Staaten, die die Bedingungen erfüllen, werden mit der Währungsunion beginnen - und der Zeitpunkt ist auch klar: der 1. Januar 1999.

Da gibt es nichts neu zu verhandeln.

Wer auf diesem schwierigen Gebiet, seien es Finanzminister, Notenbankpräsidenten und Parteipolitiker Tag für Tag öffentlich neue Bedenken äußert, löst Spekulationen aus und arbeitet an einer "self-fulfilling prophecy".

Die Finanzmärkte werden die Politik nur ernst nehmen, wenn die Politik ihre eigenen Ziele und Versprechungen ernst nimmt.

Wenn die Währungsunion scheitern sollte, wird das nicht daran liegen, daß ihre Gegner sie kritisiert, denunziert und verhindert haben, sondern daran, daß ihre Befürworter sie nicht erläutert, verteidigt und durchgesetzt haben.

Die Bürgerinnen und Bürger sind auf die Einführung der gemeinsamen Währung bislang nicht vorbereitet. Sie haben Angst. Es gibt Mißverständnisse. Es gibt Falschinformationen.

Die Bürger brauchen nicht immer neue Spekulationen über den neuesten Tabellenstand in der europäischen Stabilitätsliga, sondern sie brauchen endlich für jedermann (und jedefrau) allgemein verständliche Informationen über das neue Geld.

Wir brauchen eine Informationskampagne und die darf nicht erst 1999 anfangen.

Das ist die Aufgabe aller, der Kommission wie des Europäischen Parlaments, vor allem aber aller Regierungen, die den Vertrag unterschrieben haben, und aller nationalen Parlamente, die ihn ratifiziert haben: diese Ängste nicht zu verstärken, sondern zu zerstreuen.

IV.

Auf die Dauer werden die Bürgerinnen und Bürger ein gemeinsames europäisches Geld - es mag so stabil sein, wie es will - in ihrem täglichen Leben nur akzeptieren, wenn sie erkennen können, daß es in den Lebensfragen Europas eine gemeinsame Politik gibt: für die Modernisierung der Wirtschaftsstrukturen und die Schaffung von Arbeit, für den Schutz der Umwelt; für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die mit den moralischen Grundsätzen Europas im Einklang steht, und eine gemeinsame Politik im Kampf gegen das international organisierte Verbrechen. Diesen Zielen muß uns die Regierungskonferenz einen großen Schritt näher bringen.

Sie wird besser vorbereitet als die Konferenz über den Vertrag von Maastricht. Das danken wir auch Staatssekretär Westendorp, der eine wichtige Arbeit leistet. Diesmal ist das Europäische Parlament an der Vorbereitung nicht nur durch Resolutionen beteiligt. Wir können stolz darauf sein, daß die beiden Vertreter des Parlaments in der Reflexionsgruppe eine hervorragende Rolle spielen und ich spreche der Kollegin Elisabeth Guigou und dem Kollegen Elmar Brok ausdrücklich unsere Anerkennung und unseren Dank aus.

Die Reform, die wir anstuern, kann begrenzt, aber sie muß substantiell sein. Die Union muß die Befugnisse, die sie bereits hat, effektiver nutzen, transparenter ausüben und breiter demokratisch legitimieren.

Der Vertrag von Maastricht schreibt für 50 Bereiche der normalen sozusagen der täglichen Gesetzgebung vor, daß der Rat nur einstimmig entscheiden kann. Das ist eine institutionalisierte Selbstblockade. Sie betrifft so wichtige Themen wie das Statut der Europäischen Aktiengesellschaft und die soziale Sicherheit für Wanderarbeitnehmer. Eine Union mit 15 und künftig noch mehr Mitgliedstaaten ist so nicht handlungsfähig.

Der Rat muß künftig in der gesamten "normalen" Gesetzgebung mit Mehrheit entscheiden können. Und wir brauchen das volle Mitentscheidungsrecht für das Europäische Parlament, überall dort, wo der Rat mit Mehrheit entscheiden kann. So einfach ist das.

o0o

Das heute geltende Mitentscheidungsverfahren hat gewiß Mängel und die bei der Reform der Vertrages beseitigt werden sollten.

Aber einen von vielen befürchteten Mangel hat es ganz gewiß nicht: Die Rechtsetzung der Union ist durch das Europäische Parlament nicht verzögert worden.

Seit Inkrafttreten des Vertrages sind 38 Gesetzgebungsvorhaben im Verfahren der Mitentscheidung entschieden worden. Nur zwei von ihnen hat das Europäische Parlament verhindert.

Von den 105 Verfahren der Mitentscheidung warten gegenwärtig zwei Drittel (68) darauf, daß der Rat einen gemeinsamen Standpunkt findet.

Eine Kritik an der Union ist besonders berechtigt: welche Bürgerin, welcher Bürger in Europa kann denn überhaupt erkennen, wer, wann, was, mit welcher Legitimation in Brüssel entscheidet? Kein Wunder bei 22 unterschiedlichen Entscheidungsverfahren zwischen Rat, Kommission und Parlament. Deswegen müssen wir die Zahl der Verfahren verringern, Mitentscheidung, Zustimmung, Anhörung - diese 3 braucht es.

Demokratie braucht Transparenz. Deshalb wollen wir eine Verringerung auf drei Verfahren.

Und: Wenn der Rat als Gesetzgeber tagt, muß er öffentlich tagen. Und was er als Gesetzgeber beschließt, muß vollständig und unmißverständlich veröffentlicht werden. Begreifen Sie bitte im Rat die Entscheidung des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften vom 19. Oktober 1995 als eine Chance zu mehr Demokratie und zu mehr Transparenz!

V.

International organisiertes Verbrechen, Terrorismus, Drogenhandel und illegale Einwanderung bedrohen nicht nur die Sicherheit, Hab und Gut, Leib und Leben der Bürgerinnen und Bürger, sie zerstören auch ihr Vertrauen in Gerechtigkeit und Demokratie.

Gerade in dem Bereich der Politik, der für die Bürger nach der Öffnung der Binnengrenzen zu Recht so wichtig geworden ist - nämlich bei der Bekämpfung des international organisierten Verbrechens -, gerade in diesem Bereich hat die Union bislang am meiste versagt.

Dieses Versagen wird beispielhaft dadurch dokumentiert, daß die Konvention zur Errichtung von Europol immer noch nicht in Kraft ist.

Wir bleiben dabei: Auch Europol muß der Kontrolle durch den Europäischen Gerichtshof unterworfen werden.

Und im übrigen unterstreichen die Schwierigkeiten beim Zustandekommen der Konvention die Unzulänglichkeit der Pfeilerstruktur des Maastricht-Vertrages.

Fast zwei Jahre nach seinem Inkrafttreten sind nur fünf Übereinkommen unterzeichnet worden und keines von ihnen ist ratifiziert und in Kraft.

Bei der intergouvernementalen Zusammenarbeit im dritten Pfeiler geht es aber nicht nur um mangelnde Effizienz. Sie führt auch zu einer schleichenden Aushöhlung der Gemeinschaftsverfahren.

Der Rat hat über 50 sogenannte "Instrumente" - "Entschlüsse", "Empfehlungen", "Programme" und "Schlußfolgerungen" angenommen, - ohne Rechtsgrundlage.

Weder das Europäische Parlament noch die nationalen Parlamente waren an diesem interbürokratischen Regelwerk in irgend einer Weise beteiligt. In dem sensiblen Bereich, in dem es um die Freiheitsrechte der Bürger geht, verletzt der Rat fundamentale Grundsätze der Transparenz und der Demokratie.

Deshalb muß die Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik schrittweise und abschnittsweise den Gemeinschaftsverfahren geöffnet werden durch ein Initiativrecht der Kommission neben den Mitgliedstaaten, durch stärkere Kontrollrechte für das Europäische Parlament und durch eine umfassende Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes für den dritten Pfeiler.

oOo

Die Bekämpfung des Betrugs und die Verhinderung des Mißbrauchs von Gemeinschaftsmitteln sind nicht nur geboten, um den Verlust von mindestens einer Milliarde ECU jährlich zu Lasten der europäischen Steuerzahler zu vermeiden - sie sind es auch aus rechtlichen und moralischen Gründen.

Die Erwartungen, die an uns gestellt werden, können wir aber nur erfüllen, wenn uns dafür auch die rechtlichen Möglichkeiten zugestanden werden, um sie zu erfüllen.

Und wenn achzig Prozent von Mißbrauch und Betrug bei der Verwaltung der Mittel durch die nationalen (und regionalen) Administrationen geschehen, dann muß das Schwergewicht der Betrugsbekämpfung auch bei ihnen liegen.

VI.

Sie, Herr Präsident des Europäischen Rates, wissen besser als ich, daß die politische Verantwortung der Europäischen Union ihrem wirtschaftlichem Gewicht in der Welt nicht entspricht.

Das kann auf die Dauer nicht gut gehen.

Die Entwicklungshilfe im Namen der Lomé-Abkommen ist Teil der gemeinsamen Außenpolitik im gemeinsamen europäischen Interesse. Sie ist nicht eine Gratifikation oder eine bloß karitative Veranstaltung der Europäischen Union.

Deshalb haben wir alle uns zur Verfügung stehenden Rechte eingesetzt, um das finanzielle Engagement aufrecht zu erhalten, das die Union gegenüber den AKP-Staaten eingegangen ist, und dafür gesorgt, daß die Finanzierung des 8. Europäischen Entwicklungsfonds durch die heutige Union mit 15 Mitgliedstaaten nicht real hinter die der alten 12er Union zurückfällt.

Gewiß muß die Wirksamkeit der europäischen Entwicklungshilfe immer wieder neu geprüft werden. Aber bestimmte Mitgliedstaaten sollten aufhören, mehr Gemeinsamkeit in der Außenpolitik zu fordern und gleichzeitig die Bilateralisierung der Entwicklungshilfe betreiben.

Die Mittelmeerkonferenz Ende dieses Monats in Barcelona soll und kann die Staaten an allen Küsten des Mittelmeers in eine neue Partnerschaft mit Europa führen.

Ich schlage vor, im nächsten Jahr eine Konferenz der Europäischen Union mit allen Anrainerstaaten der Ostsee durchzuführen.

Viele Menschen werfen der Union vor, sie habe im ehemaligen Jugoslawien versagt. Sie plagt die Sorge, daß ein Europa, das nicht fähig ist, das Recht gegen die Gewalt durchzusetzen, eines Tages sonst Gewalt wird erdulden müssen.

Europas Beitrag zum Schutz der Menschen in Bosnien - und auch in anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawien - mag unzureichend gewesen sein. Aber die tausende junger Männer und Frauen, die als Blauhelme und Eingreiftruppen aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach Bosnien entsandt wurden, haben mit einem "unmöglichem" Mandat und unzureichenden Mitteln über Jahre hinweg noch Schlimmeres verhindert.

Sie haben am Ende doch Friedensgespräche herbeigezwungen. Die Europäische Union - dieses Parlament - schuldet Ihnen Dank und Anerkennung.

Und in diesen Dank schließe ich auch ein den EU-Administrator von Mostar, Hans Koschnick, und seine Mitarbeiter aus allen Mitgliedstaaten ein, die versuchen, aus Feinden wieder Nachbarn in einer Stadt zu machen. Ich sage das auch mit dem Hinweis, daß die Aktion Mostar an der finanziellen Engherzigkeit der Mitgliedstaaten gescheitert wäre, wenn sie nicht auf unseren massiven Druck hin aus dem Haushalt der Union unterstützt würde.

Man kann nicht die Ohnmacht Europas im ehemaligen Jugoslawien beklagen und gleichzeitig gegen mehr Macht für Europa sein.

Europa muß sich in die Lage versetzen, mehr zu sein als der Zulieferer von technischem Hilfswerk und Volksküchen und der Bankier beim Wiederaufbau. Die Union muß eine aktive Rolle spielen bei der Suche nach Frieden und bei der Sicherung von Frieden.

Deshalb muß die Regierungskonferenz die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der Union stärken. Aber seien wir uns klar darüber: den Willen der Mitgliedstaaten zu gemeinsamen Aktionen, bis hin zu einer europäischen Verteidigungsidentität, kann kein noch so klug und flexibel reformiertes Entscheidungsverfahren ersetzen. In den vergangenen Jahren ist Ungeheures geleistet und bewältigt worden. Vergessen wir vor den Herausforderungen der Zukunft nicht die Leistungen der Vergangenheit.

Wir haben den Binnenmarkt trotz aller Unkenrufe termingerecht vollendet - oder fast. Wir haben die Hilfe für das befreite Osteuropa organisiert - und die liegt erheblich höher als alles, was innerhalb der Union als solidarischer Hilfe geleistet wird.

Der Vertrag von Maastricht funktioniert weitaus besser als sein Ruf.

Auf seiner Grundlage sind 1995 Österreich, Schweden und Finnland Mitglieder dieser Union geworden. Wer hätte das vor 5 Jahren gedacht? Wer hätte gewagt vorauszusagen, daß Polen, Ungarn, Rumänen, Tschechen, Slowaken und andere Völker sich auf den Beitritt zur Union vorbereiten?

Das ist die größte Herausforderung am Ende dieses Jahrhunderts: Diese Union so zu reformieren,

- daß sie sich nach Osten und Süden erweitern kann, ohne sich aufzulösen und selbst zu zerstören;
- daß sie die Solidarität nach Osten (und Süden) ausdehnen kann, ohne die Solidarität nach Westen und Norden einzuschränken.

Dafür brauchen wir Reformen. Dafür brauchen wir eine klare Perspektive und einen realistischen Zeitplan.

Die Völker Zentral- und Osteuropas, die die Fesseln von Hegemonie und Diktatur abgeworfen haben, setzen ihre ganze Hoffnung darein, gleichberechtigte Mitglieder der Union zu werden.

Unsere eigene Geschichte - vor allem die Geschichte der Europäischen Union in den vergangenen fünf Jahren - lehrt uns, daß wir keinen Grund haben zu Kleinmut und Pessimismus.

Wir haben alle Chancen zum Erfolg - wir müssen sie nur ergreifen.